

Bezugspreis:

5 Bände à 100.— M., monatlich 10.— M.,
für das Ausland 12.— M., für die
Postgebühren. Unter Abdruck für
Deutschland und Österreich 12.— M.,
für das übrige Ausland 14.— M.,
einmal. Postgebühren 21.— M. Post-
gebühren nehmen in Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Preußen, Schweden
und die Schweiz. — Eintragung in
die Post-Zustellungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochent-
täglich zweimal, Sonntags und Mont-
tags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Normalspalten
betragen — M. Anzeigenpreis 50%
„kleine Anzeigen“, das ist
gekürzte Wort 1.— M. (zwei-
spaltige Worte), jedes weitere
Wort 50 Pf., Stellungsgebühr und
Schließstellenanzeigen das erste Wort
50 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf.,
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Anzeigenpreis 50%,
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Zelle 1.— M., politische und ge-
werkschaftliche Betreuer-Anzeigen
1.— M., die Zelle ohne Aufsicht.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Bauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortlicher: Kurt Wittenberg, Nr. 151 90—151 97.

Sonnabend, den 3. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortlicher: Kurt Wittenberg, Nr. 117 53—54.

Streit unter den Gläubigern.

Der Auftakt für Spa.

Die Entschädigungsfrage, über die man weder in San Remo, noch in Ohlye, Fellestone und Badoglio zu einem Einvernehmen gelangen konnte, scheint auch auf der jetzt tagenden Entente-Konferenz in Brüssel keine Lösung zu erfahren, woraus sich dann die eigenartige Situation ergibt, daß die Ententevertreter am Montag ohne festes Programm in Spa erschienen. Das „Holländische Neuwöbureau“ entwirft von der Vorkonferenz folgenden Bild:

Die Konferenz hat unter ungünstigen Anzeichen begonnen. Sofort ist die Frage der Verteilung der von Deutschland zu erhaltenden Schadenersatzung auf die Tagesordnung gebracht worden. Italien stellt sich auf den Standpunkt, daß die Schadenersatzung nach der Höhe der Gefallenen verteilt werden soll, und wünscht jetzt, daß Belgien nicht zehn, sondern nur fünf Prozent erhält. In einer engen Beratung, an der nur Lloyd George, de la Croix und Millerand teilnahmen, hat Lloyd George de la Croix ersucht, die Herabsetzung zu genehmigen. De la Croix hat sich aber geweigert und die Sitzung verlassen. Er hatte sofort nachher eine Unterredung mit König Albert.

Diese Sitzung in Brüssel hatte bereits ein Vorbild auf einer Beratung des Wiedergutmachungsausschusses in Paris. Dort hat man sich, nach einer Meldung des „Temps“, mit der Abschätzung der jedem Staat durch den Krieg verursachten Schäden beschäftigt. Man habe aber nicht geprüft, was jedes Land von der Summe, die von Deutschland zu zahlen ist, erhalten, insbesondere welches die Beiträge Deutschlands zu den Wiedergutmachungen seien, auf die man Anspruch habe, und in welcher Form sie geleistet werden sollten. Insgesamt, so erklärt der italienische Vertreter im Wiedergutmachungsausschuss, Bertolini, sei die Frage der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung im Laufe der Beratung der Finanzdelegierten nicht sonderlich gefördert worden.

Ueber die italienischen Forderungen, die in belgischen Kreisen eine so tiefe Verstimmung hervorgerufen haben, verbreitet Havas-Neuter folgende Notizen:

Brüssel, 2. Juli. Im Laufe der Besprechungen zwischen den Ministerpräsidenten am Nachmittag sagte Graf Sforza, er habe nicht den Wunsch, Schwierigkeiten unter den Alliierten zu schaffen, müsse indes erklären, daß Italien seine Ansprüche nicht unter einem bestimmten Prozentsatz herabmindern könne. Die Vertreter Belgiens waren angeblickt der drohenden Möglichkeit, daß der für Belgien in Aussicht genommene Anteil herabgesetzt werde, lebhaft erregt. Bis zum Abend konnte kein Beschluß herbeigeführt werden. Morgen werden die Führer der Delegationen in einer neuen privaten Sitzung wiederum eine Annäherung zu erreichen suchen. In französischen Kreisen hält man eine verständige Lösung für sicher.

Weiter ist Havas-Neuter von italienischer Seite ermächtigt, in der bestimmtesten Weise zu erklären, daß die Nachrichten über einen

italienisch-belgischen Zwischenfall auf der Konferenz vollkommen falsch seien. Die italienische Delegation habe niemals irgend etwas unternommen, was selbst in indirekter Weise als gegen die Interessen Belgiens gerichtet angesehen werden könnte. Es sei niemals die Rede davon gewesen, die belgische Entschädigung zugunsten Italiens zu mindern.

Dieses Dementi der englisch-französischen Nachrichtenstelle steht in einem ziemlich schroffen Gegensatz zu der ersten Meldung und zu der Meldung des Holländischen Neuwöbureau. Belgien fühlt sich vor allen Dingen deswegen zurückgesetzt, weil ihm in Boulogne, angeblich unverbindlich, eine 10proz. Beteiligung an der Entschädigung zugesichert worden ist, die nunmehr auf eine 5proz. herabgesetzt werden soll. Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hat Lloyd George diese Herabsetzung dem belgischen Vertreter gegenüber mit aller Energie verteidigt. Sichtlich der militärischen Fragen soll man beschließen haben, auf Erfüllung der Klauseln zu bestehen. Die Marktschälle sind beauftragt worden, die Mittel und Wege zu suchen, um Deutschland zur Ausführung des Vertrages zu zwingen.

Zwangswirtschaft auch in Frankreich.

In Kreisen, die ein Interesse daran haben, geht man immer wieder mit der Behauptung herauf, nur unter der freien Wirtschaft könne Deutschland genasen. Ein Argument wird immer wieder angeführt, in Westeuropa sei man längst zur Aufhebung der Zwangswirtschaft geschritten und führe wohl dabei. Das stimmt nicht ganz. Auch dort wagt man es nicht, die wichtigsten Nahrungsmittel der unbefristeten Spekulationsweise der Feinde der Zwangswirtschaft anzuliefern. So hat die in ihrer jetzigen Zusammensetzung sicherlich nicht sozialistischer Tendenzen verdächtige französische Kammer in ihrer Sitzung vom 2. Juli einen Gesetzentwurf genehmigt, welcher der Regierung bis zur Mitte von 1921 das ausschließliche Recht zum Ankauf einheimischen und zur Einfuhr ausländischen Getreides verleiht, sowie das Recht zur Beschlagnahme im Bedarfsfälle. Der Entwurf verbietet auch Brotgetreideverfälschung an Tiere.

Der holländische Kredit.

Haag, 2. Juli. Die zweite Kammer hat heute die Vorlage über den 200-Millionen-Gulden-Kredit an Deutschland angenommen. Der Minister des Neuteren teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß der interalliierte Wiedergutmachungsausschuss damit einverstanden sei, daß Deutschland an Holland Kohlen in solchen Mengen liefern, wie es glaube abgeben zu können, ohne seine auf Grund des Versailler Vertrages gegenüber der Entente bestehenden Verpflichtungen zu vernachlässigen. Mit dieser Mitteilung hat der Wiedergutmachungsausschuss die Lieferungen an Holland, wie sie gegenwärtig stattfinden, genehmigt.

mungsgebiet über können und müssen von uns unter-
stützt werden. Kein Abstimmungsmitglied in Ost- und West-
preußen darf fehlen, um das Land bei Deutschland zu erhalten.

Polen vor der Katastrophe.

Während die polnischen Heeresberichte noch wie vor Siegen melden und die Rückzugsbewegung des polnischen Heeres in eine sehr verschleierte Form kleiden, bereiten Nachrichten aus anderen Quellen auf eine Katastrophe vor, die mehr als das Ende des polnischen Abenteuers bedeuten würde. So lassen z. B. die andauernden Ruuauhebungen in Polen, die die letzten Reserven des Landes heranziehen und selbst die Rechte der vertragsmäßig für 2 Jahre vom Heeresdienst befreiten Deutschen der ehemals deutschen Gebiete antasten, auf eine sehr schwere Stellung der polnischen Heeresleitung schließen. Nach einer Meldung des „Holl. Neuwöbureau“ hat sich der polnische Generalissimus bereits mit einem dringenden Hilferuf an Marshall Foch gewandt. Eine diesbezügliche Unterredung zwischen Foch und dem englischen Feldmarschall Wilson hat zu der Ansicht geführt, daß es den Bolschewisten gelingen werde, Warschau zu erreichen, wenn sie nicht auf politischem Wege gezwungen werden können, den Vormarsch einzustellen. In einer weiteren Meldung aus London wird die Lage der polnischen Armee als äußerst ernst bezeichnet. Es ist sogar von einem Beschluß der polnischen Regierung die Rede, einen Rat der nationalen Verteidigung zu bilden, dessen Anordnungen sofort Gesetzeskraft erhalten. Der Reichstag werde unter diesen Umständen entlassen werden. Inwiefern diese Nachrichten den Tatsachen entsprechen, inwiefern sie ihnen voraussehen, läßt sich nicht entscheiden. Aber alles deutet darauf hin, daß es den Polen bisher nicht gelungen ist, die bolschewistische Offensive zum Stehen zu bringen.

Vergewaltigung in Polen.

Die Danziger „Volkstimme“ berichtet über die Verhaftung eines deutschen Sozialdemokraten, die das Wüten der polnischen Militärs gegenüber jedem der ihnen nicht genehm ist, aufs neue beleuchtet. Unser Parteiblatt schreibt:

Ein in Grauberg sehr angesehener deutscher Sozialdemokrat, dessen Persönlichkeit uns nach jeder Richtung ganz genau bekannt ist, ist schon am 2. April verhaftet worden. Die Gründe hat man der Familie nicht angegeben. Man erklärte nur, daß der Vergewaltigte ein bekannter Volkswirt sei! In demselben Polen, in dem der Sozialdemokrat Dajkowski das Ministerium des Auswärtigen übernehmen soll oder bereits übernommen hat, wird eben jeder Sozialdemokrat als Volkswirt verdächtigt. Diese Verdächtigung wurde ja auch gegen den in Kenstadt widerrechtlich verhafteten Dr. von Holium erhoben. Unser Grauberg Genosse und seine Angehörigen sind in völliger Ungewißheit über sein Schicksal. Eine bei ihm abgehaltene Hausdurchsuchung hatte nicht das gewünschte Ergebnis. Trotzdem hat man dem Familienvater nicht die Freiheit wiedergegeben! Es wird befürchtet, daß er eines Tages spurlos verschwindet! In diesem ungeheuerlichen Verbrechen darf es nicht kommen! Wir protestieren im Namen der Menschlichkeit und des Rechts gegen dieses Verbrechen. Von der deutschen Parteipresse erwarten wir, daß sie unsern Protest nachdrücklich unterstützt. Auch die deutsche Regierung sollte an diesem Falle nicht vorbeigehen. Er beweist, wie Volens Nachhaber die deutschen Kinderbeiden allgemein vergewaltigen!

Das Blatt schlägt, wenn es nicht einmal den Namen des Vergewaltigten nennt, so möge das beteiligten Stellen ein Beweis dafür sein, wie unangeheuerlich die Dinge stehen und wie groß die Gefahr für den Verhafteten sei.

Ueber die polnischen Militärs hat sich am Freitag erst der Minister des Auswärtigen im Reichstag sehr ausführlich ausgesprochen. Die Deutschen im abgetrennten Gebiet sind schulplos den neuen Herren überantwortet. Die Deutschen im Abstim-

Dunkle Mächenschaften in Bayern

Aus München wird uns geschrieben:
Das zur Zeit der Räterepublik in keimfähigen Boden gelegte reaktionäre Samenfeld hat sich gut entwickelt, wenn sich auch in Bayern die Reaktion weniger geräuschvoll in Szene setzt als jenseits des Rheins. Aber hinter den Kulissen des politischen Lebens wird fleißig gearbeitet. Die Bayerische Volkspartei, immer noch demokratisch und verfassungstreu feiert, erfreut sich eines geschickten Regisseurs. Dr. Heim sorgt dafür, daß für die Streiche der Rückwärtsfer niemals ein Verantwortlicher aufzufinden ist. Wird die Partei auf notorische Tatsachen angesagt, so bestreitet sie energisch, sich irgendetwas und irgendwem „festgelegt“ zu haben. Schlimmstenfalls hilft man sich mit dem alten bewährten Grundsatze: „Wenn du es getan hast, leugne es ab!“ Aller Welt sind die Verhandlungen bayerischer Königsräte mit den Franzosen bekannt. Ein früheres Vorstandsmitglied jener Partei, Prof. Ditt, der zu dem deutschnationalen Reichsmasch überließ, bestätigte in öffentlicher Versammlung solche Verhandlungen in San Remo und ergänzte sie noch durch die in Zürich mit den Engländern gepflogenen Besprechungen. Verdächtig bleibt dabei die Eile, mit der die gar nicht in Betracht gezogene bayerische Regierung offiziös mitteilt, ihr sei von solchen Verhandlungen nichts bekannt. Wenn aber Waffen in Automobilen nach Tirol zur Organisation von „Heimwehren“ — der Name ist viellegend — geschafft werden, wenn ein eifriges Verhandeln Salzburger und Tiroler Räteräter stattfindet, so werden solche Dinge von den demokratisch verkappten bayerischen Königsrätern glatt abgeleugnet. Aber der Plan eines österrösch-baywarisch-katholischen Reiches unter dem Prinzen Rupprecht steht fest. Und als Uebergang dazu ist der von der U. S. P. auf ihrem letzten Landesparteitag angenommene Programmpunkt der Schöpfung eines bayerischen Staatspräsidenten anzusehen.

Als Vorbereitung zu diesem Ziele dient die in den österröschischen Alpenländern betriebene Agitation gegen den Anschluß an Deutschland, und für den Anschluß an — Bayern. Natürlich nur an ein Königreich! Die christlichsozialen Arbeiter haben sich auf Antreiben ihrer Präbides zum Anschluß an die bayerischen gesinnungsverwandten Verbände entschließen müssen. Nach den Kundgebungen der Leiter der Bayerischen Volkspartei und ihres Schrittmachers von Rahr bedeuten natürlich diese Vorgänge nichts.

Bei der offenkundigen Mobilisierung aller reaktionären Elemente wäre es eigentlich verständlich, wenn die Arbeiter an Abwehrmaßnahmen denken. Nun hat das Heimorgan, der „Bayer. Kurier“ in München, einen Plan der U. S. P. zur geheimen Organisation des Generalstreiks in einer Aufmachung veröffentlicht, die nur allzu deutlich zeigt, was damit beabsichtigt werden soll. Die Organisation der U. S. P. ist hier schon lange bekannt gewesen, und was daran „geheim“ ist, gehört auf Rechnung der Münchener geheime Spitzelwirtschaft. Die Haltung der Berliner „Freiheit“ angesichts des offenen Zugeständnisses des bayerischen Organs der U. S. P. von dem Bestehen einer solchen Organisation ist daher schwer verständlich. Die von dem Münchener Polizeipräsidenten Pöhner errichtete Spitzelorganisation lehnt sich im großen und ganzen an berühmte Vorbilder, wie Andrieux, Sieber, Putzamer und Krüger an. Ein Apparat von 100 Kriminalem sorgt zur Befestigung des Rahr-Pöhner-Systems für das nötige Material zur Erregung von Furcht und Schrecken unter dem Bürgertum und vor allem unter der Einwohnerwehr.

Daneben erteilt der Münchener Polizeipräsident in politischen Wochenberichten der Regierung und den größeren Industriellen nützliche, aber nicht immer den Tatsachen entsprechende Winke über die Volkstimmung und die Arbeiterbewegung. Welche Leute diese Informationen liefern, zeigt der vom „Bayer. Kurier“ veröffentlichte Spitzelbericht über die Geheimorganisation des Generalstreiks klar genug. Wird doch darin gesagt, daß auch die Münchener Sozialdemokratie zwar eine von der U. S. P. getrennte, in den Mitteln und Zielen aber parallel laufende Geheimorganisation eingerichtet habe. Würde der „Geheime“ des Herrn Pöhner nicht noch in den Anfängen seines Berufes stehen, so müßte er wissen, daß die Sozialdemokratie zum Eintritt in einen politischen Generalstreik keiner Geheimorganisation bedarf. Wenn der „Geheime“ überhaupt etwas von der Sozialdemokratie wüßte, so hätte er aus den Verhandlungen der Parteitage über den Generalstreik eines Besseren belehrt werden können.

Unwissenheit und plumpe Frechheit waren jedoch immer die hervorsteckendsten Kennzeichen des Spitzelwesens. Hand in Hand geht das neuerdings eingeführte Bespitzeln der Telephongespräche. Die Telephondamen sind beauftragt, die Gespräche sofort zu trennen, wenn das Wort Generalstreik oder vielleicht auch andere verdächtige Worte gebraucht werden. So geschah es, wie wir bereits mitteilen, bei einem Telephongespräch zwischen der Schriftleitung der „Münchener Post“ und dem „Vorwärts“

und unfrem Regensburger Parteiblatt mit der „Münchener Post“.

Das sind jedoch nur kleine Schönheitsfehler des Systems. Mehr bedauerlicher ist dagegen die Engherzigkeit der bayerischen Rechte in der Verfolgung der militärischen Verführer des Mähls- und Rapp-Putschs, und die Aktivität in der Bestrafung von Arbeitern, die zur Abwehr der Rappide die Waffen ergriffen. Was der „demokratische“ Justizminister Müller, der früher im Reichstag den Namen Müller-Meinungen führte, zugunsten der U. S. V. und der Kommunisten in dieser Richtung geleistet hat, hätte diese Parteien längst veranlassen sollen, ihn als Ehrenmitglied aufzunehmen.

Dagegen amtiert in Würzburg das Mitglied der Bayerischen Volkspartei, Reg.-Rat Klenbrand, einer der meist belasteten Rappverführer in Bayern, ruhig weiter, und in der Zeitschrift „Die Marienburg“ darf der Oberleutnant a. D. Kuhn offen und ungehindert für den Anschluß Bayerns an Frankreich werden. „Das große und mächtige siegreiche Frankreich“, schrieb dieser Königsleutnant jüngst, „wird auch heute wieder Bayern schützen und unterstützen.“ Derartige atavistische Rückfälle in die österreichisch-französische Kabinettpolitik unter Max-Emanuel, Karl-Theodor und dem ersten König Max I. offenbaren die fürchterliche Kermlichkeit des Geistes und die fast unbegreifliche Verständnislosigkeit der Leute, die jetzt bayerische Politik machen. Wie es einst den genannten Selbstherrschern gleich war, woher sie ihre Subsidien erhielten, so sind die heutigen bayerischen Herrscher bereit, mit England oder mit Frankreich ihre Geschäfte abzuschließen. Es kommt nur darauf an, wer den Königsmachern mehr bietet. Sie wollen sich jedenfalls unter die schützenden Flügel des Auslandes flüchten, und bezeichnen das als eine deutsch-bayerische Politik.

Die Deutsche Volkspartei gegen Wirth. Erste Blockschmerzen.

Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat sich durch seine geistige Rede gegen Helfferich das ernste Mißfallen der Deutschen Volkspartei zugezogen. Der „Berliner Lokalanzeiger“ bemerkt zu ihr mit parteioffiziösem hochgezogenen Brauen:

Die Rede Wirths hat in Kreisen der Deutschen Volkspartei berechtigtes Aufsehen erregt. Denn seine Ausführungen hätte er vielleicht als Minister der alten Koalition halten können, sie fielen aber aus dem Rahmen, dessen, was sich mit dem Programm der neuen Regierungspartei vereinbaren ließe. Wir glauben zu der Annahme berechtigt zu sein, daß sich die Volkspartei die Angriffe des Reichsfinanzministers nicht bieten lassen wird. Sie dürften bereits Gegenstand von Beratungen zwischen den Koalitionsparteien sein. Da Spa vor der Tür steht, ist natürlich nicht daran zu denken, daß die Deutsche Volkspartei aus dem Verbleiben Wirths eine Kabinettsfrage machen kann. Wie wir erfahren, hat sie aber Verheißungen nicht lassen, daß sie sich in Zukunft eine derartige herausfordernde Rede seitens eines Ministers nicht gefallen lassen wird.

Die Sache verspricht heiter zu werden. Die Rechtsparteien können den Mund nicht aufstun, ohne auf die alte Koalition zu schimpfen, aber zwei Drittel der neuen Regierung stehen auf dem Boden der alten Koalition. Wehren sich die Minister aus den Reihen des Zentrums und der Demokraten gegen die Deutschnationalen, so kommt sofort die Deutsche Volkspartei und erklärt, daß sie sich das nicht bieten lassen könne. Bei einer solchen Solidarität der Rechtsparteien erscheinen die Kräfte der linken bürgerlichen Mitte vollständig gebunden und die Regierungsgewalt tatsächlich der Rechten ausgeliefert.

Die Vorgänge im neuen Regierungsbund erfordern die schärfste Aufmerksamkeit unserer Partei. Denn für eine Regierung, die sich dem Diktat der Deutschen Volkspartei unterwirft, könnte es von uns aus keine Schonzeit mehr geben.

Römische Mächte.

Friedrich von Schönbach, ein deutscher Maler und Dichter, der um die Jahrhundertwende ein Jahrzehnt in Rom lebte, hat dieses eigenartige Buch „Römische Mächte“, Vierzehnter Verlag, Dresden und Leipzig, geschrieben. Er bestätigt darin die alte Erfahrung, daß der Fremde oft ein härteres und schärferes Auge für den Charakter eines Landes und seiner Bewohner hat als der Eingeborene. Man wird aus einem Duzend zeitgenössischer italienischer Romane kaum ein so lebendiges und eindringliches Bild von dem modernen römischen Leben gewinnen wie aus dieser kleinen Erzählung, die eine bunte Reihe origineller Charakter- und Milieuschildrungen um eine einfache Romanhandlung gruppiert. Italienische Kleinbürger und deutsche Künstler leben im Mittelpunkt. Das äußere Wesen des römischen Speichers, das sehr verschieden von dem des deutschen oder französischen ist und vielleicht eine entferntere Ähnlichkeit mit polnischem Wesen zeigt, muß jedem fremden Besucher der ewigen Stadt in die Augen fallen. Aber die seelische Struktur und die Lebensauffassung, aus denen die Formen des äußeren Tuns und Lassens entspringen, bleiben dem Touristen ein Geheimnis. In dieses Geheimnis leuchtet Schönbach hinein. Das kleine Römermädchen, das den reichen Fremden, den es mit der ganzen Blut südländischer Leidenschaft liebt und von dem es ein Kind hat, dennoch klug berechnend im richtigen Augenblick verläßt, um in den soliden Hofen einer bürgerlichen Ehe einzulaufen; der fromme Landprediger, der den Betrag seines Weinbergs ausschließlich zu guten Weisen an seine transalpinische Schwester verkauft, die in der heiligen Stadt einem klügeren Hochbetriebe verkehrt; die Feier des Weihnachtsabends in diesem Betriebe, und anderes mehr — das sind Personen, Vorgänge und Zustände, die trotz ihrer Fremdartigkeit und oft Ungebeuerlichkeit in einem so ruhigen Tone sachlicher Selbstverständlichkeit geschildert werden, daß wir nicht nur an sie glauben, sondern uns auch lebendig in sie hineinfinden können.

Dieser kleine Ton des Vertrags, der oft in einem sehr erachtlichen Kontrast zu dem häßlichen Stoff steht, gibt dem Buche seinen besonderen, ganz persönlichen Reiz. Preislich mag mancher Leser wünschen, daß die artistische Ausstattung gelegentlich ein wenig temperierter worden wäre. Namentlich da, wo in dem Roman — der allerdings ein sogenannter Schlußroman ist — sehr bekannte Motive des deutsch-römischen Künstlerlebens jener Jahre vorzuführen werden, darunter ein früh verstorbenen Dichter, dessen Name unzähligen Deutschen teuer ist. Die römischen Abenteuer des Kunstschaffers, die Abhandlung erzählt, sind zweifellos authentisch, aber man hat doch das Gefühl, daß der Verfasser der Bedeutung und dem Charakter „Domestica“ nicht gerecht geworden ist. Inwiefern kann man darüber streiten, denn einem Dichter steht immerhin das Recht zu, auch „historische“ Modelle nach seinen Bedürfnissen umzugestalten. — Jedenfalls ist Schönbachs Roman nicht nur eine eigenartige, feine und unterhaltende Erzählung, sondern auch ein Buch, das zum Verständnis italienischen Wesens viel beitragen kann. Und diese Eigenschaft gibt ihm in unseren Tagen einen besonderen Wert. J. S.

Tobsuchtsanfall der Ertappten.

Die von uns mitgeteilte Feststellung des französischen Gewerkschaftsorgans: „L'Information ouvrière et sociale“, daß „Jacques Meunier“ der Unterzeichner jenes Briefes, den die „Freiheit“ seinerzeit als einen „Aufruf zur Völkerverderblichung“ veröffentlicht hatte, in der französischen Gewerkschaftsbewegung gänzlich unbekannt ist, hat das unabhängige Blatt außer Rand und Band geschickt. In einem Tobsuchtsanfall, wie man ihn bei den Unabhängigen jedesmal beobachten kann, wenn ihre übliche Kampfwaise mit einem konkreten Beispiel festgenagelt werden kann, fällt sie über uns her, und glaubt den Fall dadurch aus der Welt schaffen zu können, daß sie die wüsten Beschlüsse gegen uns und unsere Partei häuft.

Das läßt uns kalt. Wir müssen aber weiter feststellen, daß die „Freiheit“ nicht den Mut hat, den Tatbestand ihren Lesern mitzuteilen. Sie verschweigt ihnen die Tatsache, daß die Angelegenheit von französischer gewerkschaftlicher Seite als ein Schwindel aufgedeckt worden ist und, unter vollständiger Unterdrückung unserer Quellangaben und unserer Fiktion, stellt sie die Sachlage so dar, als handele es sich lediglich um Behauptungen des „Vorwärts“.

Die „Freiheit“ hat also ihren Lesern den wahren Sachverhalt unterschlagen.

Krawall in Darmstadt.

In Darmstadt hat es am Donnerstag Ausschau, Gewaltanwendung und schließlich blutige Kämpfe gegeben. Wolffs Bureau meldet darüber:

Kommunisten, denen sich zahlreiche andere Elemente angeschlossen hatten, machten gestern den Versuch, mehrere kommunistische Führer zu befreien, die im Polizeigebäude interniert waren. Die Polizeimannschaften und die Sicherheitswehr mußten von der Waffe Gebrauch machen, wobei mehrere Personen getroffen wurden. Auch ein Schutzmann wurde verwundet. Die Regierung gab einen Erlaß heraus, in dem sie die Bevölkerung ermahnt, sich nicht den Unruhestiftern anzuschließen und jede Strafanmaßung zu vermeiden. Der demokratische Staat lehne die Herrschaft der Straße ab; die Regierung sei darauf bedacht, daß die für eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise nötigen Schritte baldmöglichst unternommen würden.

Von anderer Seite wird gemeldet, daß sich die Unruhen heute früh fortsetzten. Das Ziel war, das Polizeipräsidium zu stürmen, um die gefesserten kommunistischen Herauszuholen. Ob die Verhaftung im einzelnen berechtigt war, sei dahingestellt. Man kann heute — wie der Prozeß wegen der Ermordung Blaus beweist — ja nicht mehr genau unterscheiden, wo der Kommunismus aufhört und der Sozialismus anfängt. Aber das eine sollte doch inzwischen alle Welt begriffen haben, daß nämlich mit den Krawallen und Gewalttätigkeiten niemals der Arbeiterschaft, sondern immer nur ihren Gegnern gedient wird.

Studentischer Schemmorden.

Frankfurt a. M., 2. Juli. (Eigener Drohbericht des „Vorwärts“.) In der heutigen Nummer der „Volkstimme“ wird folgender Geheimbrief veröffentlicht:

Jungdeutscher Orden Brüderschaft Frankfurt a. M.

Eine verechliche Verbindung, bittet Untersfertiger in dringendster vaterländischer Angelegenheit zwei Vertreter nach dem Amte der Kurwürde, „Autonomie“, Vortragsprotokoll 47, par. einsehend zu stellen. Die Versammlung befaßt sich mit der Frage, die bereits am Samstag, den 5., und Sonntag, den 6. Juni, in zwei Besprechungen behandelt wurde. Referent erstens H. Nahrung, Rassel, Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, zweitens ein Komitente der Marburger Universität, drittens der Großmeister des Jungdeutschen Ordens Brüderschaft Frankfurt a. M., Universitätsprofessor Dr. S. Wiese. Wie appellieren an den vaterländischen Geist der deutschen Studentenschaft und bitten dringend um vollgültige Beteiligung.

Der Jungdeutsche Orden Brüderschaft Frankfurt a. M., H. Nahrung, Schriftführer.

Die heimliche Tierwelt in den Zoo! Der neue Geschäftsbericht des Berliner Zoologischen Gartens zeigt die traurige finanzielle Lage, in der sich dieser wundervolle Tierpark befindet, und bei anderen Zoologischen Gärten in deutschen Städten dürften sich auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten mehr und mehr bemerkbar machen. Es ist daher fraglich, ob man auf die Dauer imstande sein wird, den großen Bestand an fremden und seltenen Tieren aufrechtzuerhalten, und man wird vielleicht neue Wege beschreiten müssen. Die Tatsache, daß einige edelgestaltete junge Gebrauchshunde im Berliner Zoologischen Garten Aufnahme gefunden haben, gibt der „Deutschen Jägerzeitung“ den Anlaß, für eine stärkere Berücksichtigung der heimischen Tierwelt in den Zoologischen Gärten einzutreten. Mancher wird vielleicht zunächst die Nase darüber rümpfen, daß es „ganz gewöhnliche“ Jagdhunde im Zoo zu sehen gibt, aber ein Wurf junger Jagdhunde macht dem Besucher viel mehr Freude als ein alter männlicher Hundling aus Hinterindien. Sprudelndes Leben, „junge Kraft“ will der gehetzte Mensch heute sehen, wenn er in den Zoologischen Gärten geht. Das, was ihm näher liegt als ein Tropfenwasser, muß ihm noch näher gebracht werden. Der Zoologische Garten hat ein Mittel in der Hand, die Liebe zum edelgestalteten Jagdhunde zu fördern. Er hat das längst selbst erkannt und den Anfang gemacht.

Aber auf Gunde darf diese Aufnahmeberechtigung im Zoo nicht beschränkt sein: „Dem Besucher deutscher Tiergärten sollen nicht nur die wilden, die fremden Tiere gezeigt werden, nein, er soll auch die Nutztiere der heimischen Wirtschaft sehen, an ihnen lernen und über die Tierzucht nachdenken. Auch das Großvieh muß unmerklich und freundschaftlich gezwungen werden, die Pferde, die Rinder, die Schafe und Schweine deutscher Hochgebirgsgebiete zu betrachten. Es muß Vergleiche anstellen können. Hier werden unsere Tiergärten ihr Verständnis für Tierzucht heiligen können. Eine dankbarere Aufgabe gibt es für sie heute kaum. Jeder, der nicht ganz verbohrt, hat Freude an schönen und nützlichen Tierformen.“

Sprachwinkeln. Seit geraumer Zeit beginnt man mit anerkanntem Eifer, die Präpositionen abzusuchen, wenigstens sie der Einfachheit halber auf eine einzige zu beschränken. Warum auch nicht? Es geht nichts über eine edle Einfachheit. Der schönheitsdürstige Schmal schreibt nun noch: Die Stellung der Regierung gegenüber Haiti zu diesem Gegenstande, der Vorzug gegenüber Haiti der, das Vertrauen gegenüber Haiti zu, der Hof gegenüber Haiti gegen, das Mißtrauen gegenüber Haiti gegen usw. Wie überhaupt diese letztere Präposition ganz abgeschafft zu sein scheint, so daß ein sonst guter, sogar schmerzlicher Kopf ganz lustig zu Papier bringt: Freunden gegenüber und sie nicht so streng. Ferner: daß die sozialen Triebe, die sittlichen Tugenden allen gegenüber in gleicher Weise zu betätigen seien. Selbstverständlich muß es in beiden Fällen gegen heißen. Dieser Unfug scheint vom Volkerberg zu kommen, der in seinen geistlichen Schriften mit vis-à-vis umherwirft, daß es nur so heißt. Und dann ist gegenüber ja ein Wort von unendlich schönem rhytmischen Klang, obgleich man sich im Grunde eigentlich gar nicht oder vielmehr alles Mögliche

Die „Volkstimme“ bemerkt dazu: „Die Bewegung geht von Kassel aus, mit dem ausgesprochenen Zweck, das von der Regierung aufgebobene System der Zeitfreiwilligen auf Umwegen wieder einzuführen. Nicht eingeladen sind die nichtschlagenden Verbindungen, ebenso sind die Juden grundsätzlich ausgeschlossen. In ihren Korporationen stoßen die deutschnationalen Studenten allerdings selbst auf Widerspruch. Die Zahl derer aber, die sich als Brüder des Ordens den Zeitfreiwilligen zur Verfügung stellen, ist verhältnismäßig groß.“

Offiziere als Zeitgunshändler.

Der Verkauf der „Deutschen Zeitung“, des „Deutschen Wochenblatts“ und des „Völkischen Beobachters“ ist vom Polizeipräsidenten Lübbering in den Hauptverkehrsstraßen Königsberg verboten worden. Die „Deutsche Zeitung“, die diese Mitteilung mit der Ueberschrift „Anbelang der öffentlichen Meinung“ versieht, nimmt an, daß sich der Reichstag mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird.

Wie wir erfahren, trifft die Mitteilung der „Deutschen Zeitung“ zu. Der Verkauf der genannten Blätter wurde zum Teil von Studenten und früheren Offizieren in reklamehafter aufreizender Anpreisung vorgenommen unter Angriffen auf die staatliche Autorität. Die Folge davon war, daß in verkehrsreichen, recht engen Straßen Ansammlungen, zuweilen von 100 bis 200 Menschen, stattfanden, daß eine starke Pogromstimmung bemerkbar wurde. Polizeipräsident Lübbering, der Ausschreitungen gegen die Juden und sonstige Krawalle befürchtete, hat deshalb als vorbeugende Maßnahme den Verkauf dieser Zeitungen verboten, wie auch die „Deutsche Zeitung“ sagt, in den Hauptverkehrsstraßen, wo eben die Gefahr von Ansammlungen besonders groß ist.

Der Kampf um den Lohnabzug.

Im Steuerausfluß des Reichstages kam es auch heute noch nicht zu einem Beschluß. Als Ergebnis der mehrstündigen Aussprache kann die allgemeine Auffassung aufgestellt werden, daß von keiner Fraktion mit Ausnahme der Unabhängigen die Aufhebung der §§ 45 u. ff. des Einkommensteuergesetzes vertreten wird, dagegen die schablonenhafte Anwendung gemildert werden soll. Es soll versucht werden, durch Erhebung eines Pauschalbetrages in einer der Steuerleistung nachkommenden Höhe eine Erleichterung des Abzuges zu versuchen, so daß der feste Satz von 10 Proz. nicht unter allen Umständen festgehalten werden kann.

Von Rednern des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Bayerischen Volkspartei wurde dargelegt, daß die Bevölkerung, auch die Arbeiterschaft von den Steuerleistungen überzogen sei und keineswegs an Sabotage denke. Es wurde Aufklärung gewünscht auch in der Presse über die Steuererträge und die Verwendung der Steuerbeträge. Staatssekretär Wölke sagte eine Prüfung zu. Schließlich wurde ein Unterausschuß eingesetzt, in den jede Fraktion ein Mitglied entsendet. Zum Berichtserhalter für das Plenum wurde der Zentrumsgabgeordnete Hilschotte bestimmt.

Freie Einfuhr für Käse. Zum Abbau der Zwangswirtschaft.

Der neue Reichsernährungsminister Dr. Herms bemerkt sich eifrig um den Abbau der sogenannten Zwangswirtschaft, in der Hoffnung, das Preisniveau auf diesem Wege zu senken. Kartoffeln, Fische, Obst, Gemüse, Eier und, wie die folgende Wolff-Meldung zeigt, auch Käse sind für die Einfuhr freigegeben worden. Der neue Minister hofft, auch Fleisch und Fett aus der Zwangswirtschaft zu lösen und will nur noch Brot, Getreide und Milch fest in der Hand behalten.

Wäre es möglich, die Einkommen der großen Masse unseres Volkes durchgängig dem Preisniveau eines freien Lebensmittelmarktes anzupassen, dann könnte diese Aufgabe der öffentlichen Bewirtschaftung vielleicht eine Besserung unserer Lage bringen. Bei der fortwährenden Erwerbslosigkeit und der stark sinkenden Kaufkraft der Massen, sowie der Gefahr, daß eine Verschlechterung

dabei denken kann. Daher wird es in allen Fällen angebracht, wo ein vernünftiger Mensch im Hinblick auf, in Vergleiche mit oder ähnliches sagt. Geradezu von unerhörter Schönheit ist folgender Satz: Je gewaltiger die Bauten, desto mehr Darfschaften sind davon beteiligt, desto größer die Zahl der Arbeiter, desto größer die Macht und das Wissen der leidenden Massen gegenüber der Masse der Bevölkerung. Das letzte ist ganz überflüssig, will man es aber durchaus hinzulegen, mache man es besser. August Krausmann.

Als Intendant des Mannheimer Nationaltheaters wurde Dr. Saladin Schmitt einstimmig erkoren. Da ihn auch die Pöbelhafter Stadterordneten für ihr Theater gewählt haben, und eine Kombination mit dem Bochumer Theater, das er bisher geleitet hat, denkbar ist, wird er die Auswahl haben. Dr. Schmitt war ursprünglich als Dozent und dann als literarischer Schriftleiter tätig, ehe er als Regisseur ans Theater ging. In Brüssel (während des Krieges) und in Bochum hat er reformistische Tendenzen befolgt.

Ein Braunscheider Institut soll an der Technischen Hochschule Charlottenburg errichtet werden. Es wird dazu helfen, die Beschäftigten zu haben, die in unseren Brennstoffen ruhen. Die unmittelbare Verfeuerung bituminöser Kohle ist volkswirtschaftlich betrachtet, eine nicht wieder gut zu machende Verschwendung. Es sind drei Abteilungen vorgesehen, eine bergbautechnische, eine verbrennungstechnische und eine mineralchemische. Für die mineralchemische Abteilung ist bereits ein vollkommen eingerichtetes Versuchslaboratorium vorhanden. Für die Anstalt wären zwei neue Gebäude zu errichten: für Braunscheiderchemie und für Mineralchemie. Ein Lehrstuhl für Verbrennungstechnik besteht bereits.

Erkaufführungen der Woche. Fr. Theater des Westens: Radenpater.

Theater. Die künstlerische Leitung der Sommeroper-Spielszeit in der Volkshalle hat wieder Maximilian Wirth.

Die Filmhochschule. Am Auftrag der Filmliga arbeitet deren Vorkämpfer Dr. Paul eine Denkschrift über die Gründung einer Filmhochschule aus. Sie soll alle den Film betreffenden Fragen (kultureller, technischer, wirtschaftlicher oder rechtlicher Natur) in der Kreis ihrer Arbeit einbeziehen und sie nach Art der Volkshochschule behandeln.

Meyners Festungsdenkmal soll in Wien aufgestellt werden, trotzdem der Künstler nur ein Modell hat. Die 4,5 Meter hohe Figur Meyners ist dagegen im endgültigen Gipsmodell vollendet.

Ein internationaler Meteorologenkongreß soll in Benedig stattfinden. Der Gedankenaustausch zwischen den Fachleuten der ganzen Erde, der bisher unterbrochen oder doch stark behindert war — liegt es in dem Einladungsbriefen —, die ernste Berücksichtigung der Menschen vorzuziehen und für den künftigen Kongreß mögliche Arbeit mit dem einzigen Ziel, die Natur der Welt nicht zu vernachlässigen. Das Komitee bittet Anwesenden an das Comitato Organatore-Osservatorio-Seminario Paleontologico, Venezia, zu schreiben.

Die Solidarität Marke ist die durch ein Versehen zustande gekommene blaue Markierung von 1847. Für zwei Exemplare, die kürzlich in Paris versteigert wurden, wurden 150 000 Francs angelegt. Das ist der höchste Preis, der je für eine Marke bezahlt wurde — und der Gipfel der Marktpolitik.

der Valuta wieder eintreten kann, ist der Abbau der Zwangswirtschaft jedoch ein sehr gefährliches Experiment, zumal der Minister nichts anderes als den völlig freien Handel an die Stelle der „Zwangswirtschaft“ treten läßt. Wir gehen also großen Gefahren entgegen, für die die neue Regierung die Verantwortung zu tragen hat.

In der völlig freien, anarchischen Wirtschaft entfällt auf den einzelnen Warenvertreiler ein zu kleines Quantum Ware. Die Zwangswirtschaft ist zweifellos eine Einrichtung, die unzulänglich ist und umorganisiert werden sollte, sobald als möglich. Wir sehen aber eine Besserung nur dann, wenn man die Warenverteilung einer Organisation überträgt, die mit den besten technischen Hilfsmitteln die Waren auf dem kürzesten und billigsten Weg an die letzten Verbraucher herandrängt. Selbst bei freiem Handel haben wir heute Monopolspreise infolge der Warenknappheit und des schlechten Valutastandes. Fragen wir nur, warum das Ei, das früher 5 und 10 Pf. kostete, heute 1.90 M. kostet! Weil der Händler bis an die äußerste Grenze der Kaufkraft der Kaufkräftigen herangehen kann, weil infolgedessen der „Erzeuger“ schon einen Produzentenpreis von ähnlicher Höhe erlangt.

Zu der schon erwähnten Freigabe des Käses meldet die omtliche Notiz:

Das Verbot der Einfuhr von Käse ist aufgehoben. Die Händler werden jedoch gut tun, keine langfristigen Verträge abzuschließen. Von der allgemeinen Freigabe der Einfuhr bleibt Weiskäse ausgeschlossen.

Wir werden ja bald erfahren, zu welchen Preisen der freie Handel die bekannten ausländischen Käsesorten anbietet wird. Hoffentlich sind wenigstens die Konsumvereine gut auf dem Posten und überraschen ihre Mitglieder bald mit recht gutem und preiswertem Einfuhrkäse. Das wäre doch ein Gegengewicht gegen die Händleraktion.

Ein Proletarierschicksal.

Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ veröffentlicht den Brief eines Arbeiters, der mit der Waffe in der Hand den Weg zu seinem Ideal suchte. Ueberall hat er mitgekämpft, zuletzt bei Babel, immer wieder hat er sein Vertrauen enttäuscht gefunden. Zuletzt schreibt er:

Als Flüchtling kam ich nach Berlin, dann nach Königsberg, um von dort nach Rußland zu gelangen, doch vergeblich, ich mußte zurück nach Berlin. Keine Arbeit, kein Verdienst und noch Mächtig. Ein bei der „Roten Fahne“, bei der „Freiheit“ getrieben, habe meine Not geschildert, und daß ich mein junges Eheglück vernichtet habe. Doch kaum daß ich anhebt wurde, schickte man mich von Pontius zu Pilatus. Nach Essen habe ich geschrieben mit der Bitte, mir ein neues Verleibung auszustellen, da ich das alte vernichten mußte. Drei Wochen und noch keine Antwort. Postenjäger sind sie alle, und die Wenigen, die aus Idealismus bei der Sache sind, die kommen gar nicht in Frage, so verschwindend klein ist ihre Zahl. Mein Mauden und der vieler tausender begeisterten Anhänger des Kommunismus ist erschüttert. Das Vertrauen wurde mißbraucht, und so sind viele Arbeiter auf einen toten Punkt angelangt, nicht wissend, wo die Wahrheit ist. Dies sind alles arme, durch unverantwortliche Führer irreführte Menschen. Keine der linken Parteien hat mein Vertrauen festigen können. Nun hat das Proletariat eine A. A. D., vielleicht kann hier das Vertrauen wiederkommen und die Sachen der Arbeiterschaft stehen nicht so schlecht.

Was dieser Arbeiter schildert, haben viele erlebt und erlitten, seine Empfindungen fordern Respekt. Nur die Erkenntnis fehlt ihm noch, daß der Aberglaube an die Gewalt Schuld an seinem und seiner Schicksalsgenossen materiellen und seelischen Elend ist — jener Aberglaube, den gewissenlose Führer der A. S. P. wie der A. P. D. in die Köpfe der Arbeiter gepflanzt haben und an dem die A. A. P. D. am fanatischsten festhält. Am Ende wird auch dieser ehrliche Idealist von irgend einem Lockfisch aus Messer geliefert werden.

Schade um diese Menschen, die für eine große Wahrheit zu leben glauben und zugrunde gehen für einen Wahn!

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung. Sonnabend, den 8. Juli, 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Dr. Gehler.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Debebour (U. Soz.) über die Vorgänge in Thal bei Nauba. (Erklärung von 15 Arbeitern.)

Reichswehrminister Dr. Gehler: Meine frühere Antwort in der Sache scheint nicht verstanden worden zu sein. Ich habe dementsprechend, daß wir eine Besprechung dieser Interpellation ablehnen, weil gegen das Urteil Berufung eingelegt ist und die Regierung nicht mit einer eigenen Verurteilung in ein schwebendes Gerichtsverfahren eingestiegen will. (Sehr richtig!) Ich bitte das Haus, diesem Standpunkt der Regierung Rechnung zu tragen.

Hg. Debebour (U. Soz.) fragt, ob die Regierung die Boanmörtung überhaupt ablehne oder für einen späteren Termin in Aussicht stelle.

Reichswehrminister Dr. Gehler: Ich glaube, daß, wenn das Urteil rechtskräftig geworden ist, nichts das Haus hindern kann, das Urteil hier zu besprechen.

Es entspinnt sich eine längere Auseinandersetzung zwischen dem Hg. Debebour (U. Soz.) und dem Präsidenten Debebour über die Auslegung der Geschäftsordnung, worauf Debebour feststellt, daß die Auskunft des Reichswehrministers nach Rechtskraft des Urteils die Interpellation zu beantworten, seinen ersten Erklärungen widerspricht. (Unruhe.)

Hg. Debebour (U. Soz.) beantragt die sofortige Besprechung der Interpellation. Da die Abstimmung zunächst zweifelhaft bleibt, wird Dammesprung notwendig, der mit 182 gegen 142 die Ablehnung der sofortigen Besprechung ergibt. (Hg. Crispian (U. Soz.) ruft: Psi!)

Die kommunistische Interpellation über die Spindelorganisationen wird, wie Reichsminister Koch erklärt, in der vorgeschriebenen Frist von ihm beantwortet werden.

Auf der Tagesordnung steht ein Antrag Damm (Dem.) auf Einlegung eines Ausschusses zur Prüfung des Geschäftsgebarens, der Ergebnisse und der Frage der Liquidierung der Kriegsgesellschaften.

Der Ausschuss des Reichstages für auswärtige Angelegenheiten hielt am Sonnabend früh eine Sitzung ab, in der eine ausgedehnte Besprechung der Regierungserklärungen über die vorbereitenden Verhandlungen für Spa stattfand.

Schon wieder eine Revolution ist nach einer Meldung des „Ereignis Telegraph“ in Mexiko ausgebrochen. General Carranza, der sich im Staat Zamalisco aufhalte, habe sich gegen die Regierung Obregon empört und erkenne diese nicht an. Die Regierung habe die Entsendung von Truppen angeordnet.

Mordprozess Blau.

Nach Eröffnung der Verhandlung durch Landgerichtsrat Joël gibt Professor Dr. Strauch sein Gutachten über den Selbstmord der Angeklagten Fichtmann und Hoppe ab. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, daß bei beiden Angeklagten kein Inhalt dafür gegeben ist, den § 51 St.G.B. anzuwenden. Bei Hoppe ist dem Sachverständigen insofern

ein gewisser seelischer Defekt

nach beiden Richtungen hin aufgefallen: daß er keinerlei Mitleid über die doch furchtbare Tat geäußert hat und daß er merkwürdig vertrauenselig gewesen ist, da er nach seiner Angabe doch mit 4 bis 7 Reuten der dieser ganzen Affäre gehandelt haben will, die ihm unbefangt sein sollen. Hoppe sei in der Tat leicht hypnotisierbar, der Sachverständige bezweifelt aber doch, daß ein normaler Mensch im Wege der Hypnose und Suggestion zum Mord bewogen werden kann.

Auch Gesangsarzt Dr. Hirsch kommt nach seinem längeren begründeten Gutachten zu dem Schluss, daß § 51 bei beiden Angeklagten nicht anwendbar, Fichtmann aber als Hypnotiker anzusprechen sei. Bezüglich des Hoppe bestätigt auch dieser Sachverständige, daß Hoppe kein menschliches Gefühl über die Ermordung besaß und daß er, wenn er an der Tat aktiv beteiligt sein sollte, nicht im Zustande der Bewußtlosigkeit dabei gewesen ist. In Bezug auf die Möglichkeit hypnotischer Verbrechen vertritt Dr. Hirsch denselben Standpunkt wie Prof. Dr. Strauch. Alle diese hypnotischen Sachen sind nicht streng wissenschaftlich, und man muß ihnen immer mit einer großen Skepsis gegenüberstehen. Es liegt gar kein Anhalt dafür vor, daß Hoppe sich in einem hypnotischen oder posthypnotischen Zustande befunden hat.

Dr. Hirsch bezieht auf Vorschlag des Vorstehenden noch, daß sowohl bei Fichtmann als auch bei Hoppe von einem

Mangel an Ueberlegungsfähigkeit

nicht die Rede ist. Es kommt über diese Frage noch zu längeren Auseinandersetzungen zwischen Dr. Hirsch und dem Sachverständigen Dr. Kronfeld sowie den Verteidigern. Dr. Kronfeld bleibt bei seiner Ansicht, daß bei Hoppe die Ueberlegungsfähigkeit zu verneinen sei, wenn mit ganz besonderer Gewalt vorher auf ihn suggestiv eingewirkt worden ist. Dafür, daß dies geschehen hat, die Verhandlung keinen Anhaltspunkt erbringt. Die Sachverständigen werden hierauf entlassen.

Jur. Erklärung steht noch der von der Verteidigung bezüglich des Schreibers gestellt. Dem Antrag. Dieser geht dahin: Schreiber soll über folgende Punkte vernommen werden: er sei als Lockspiegel in München tätig gewesen, habe die Befreiung des unbeherrschten Blau übernommen, den Blau über Magdeburg nach Berlin gebracht, hier die Ermordung betrieben und habe selbst allein oder mit anderen die Tat ausgeführt, nicht aber die Angeklagten.

Auf die weiter von der Verteidigung beantragte Vernehmung des Studenten Franz Stolz verzichtet die Verteidigung, nachdem Staatsanwalt Dr. Ortman beklagt gemacht hat, daß Stolz trotz neuerer Vernehmungen nicht auffindbar ist.

Ueber den Antrag der Verteidiger zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück und es findet gleichzeitig die Mittagspause statt.

(Fortsetzung in der Morgen-Ausgabe.)

Groß-Berlin

Takt.

Stresemann wußt den Mitarbeiter des „Vorwärts“ Mangel an Takt vor.

Stresemann, den Weltverbesserer,
Der Besinnungen Verwässerter,
Hat es beim Gemüt gepackt.
Er verlangt von unehonetten
Reisenden in Spülklosetten.
Takt, ach Takt.

Nicht mit sanften Rahnpfötchen
Kragen wir, mit billigen Zötchen —
Hauen, bis die Schwarte knackt.
Unre Diebe prasseln dichte
Auf euch nieder zum Gerichte,
Takt um Takt.

Ausgeplündert, ausgefogen,
Mit Versprechungen belogen,
Stehn wir vor euch, schamlos nackt.
Doch die und das Hemd nicht gönnen,
Kommen lissam jetzt und flennen:
Bitte Takt.

Nein, der Anblick unsrer Leiber
Kerg're euch und eure Weiber.
Da ist kein vollkommener Akt.
Geht uns Fett und Fleisch zur Rundung,
Freiheit, Sonne zur Gesundheit,
Und wir haben Takt, ja Takt.

Rucian.

Arbeitslosigkeit und Lebensmittelversorgung.

Die Neuköllner Stadtvorordnetenversammlung über deren ersten Teil wir in der heutigen Morgenausgabe berichteten, zog sich wieder bis gegen Mitternacht hin. Eine lange Erörterung knüpfte sich an den Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion, der Magistrat solle den Berliner Magistrat veranlassen, daß dieser sofort bei den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hinwirkt. Heilmann (Soz.) schilderte den ungeheuren Umfang der Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich und besonders in Groß-Berlin, wo vor einigen Tagen schon über 147 000 Arbeitslose, davon rund 1000 in Neukölln, gezählt wurden. Infolge der katastrophalen Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens wird das Heer der Arbeitslosen weiter zunehmen und ebenso die Schaar derjenigen, die mit vermindelter Stundenzahl und gekürztem Lohne einkommen arbeiten. In erster Linie haben Reich und Staat zu helfen, aber auch die Gemeinden dürfen nicht müßig zu stehen. Arbeit muß geschaffen werden, unnötige Schließung von Betrieben durch abotterende Unternehmer ist zu verhindern. Jüngere Arbeiter sollten in anderen Familienbetrieben freimüßig weichen. Arbeitslosen ist die Unterstützung zu erhöhen, Häften des Unterstützungsregulativs sind zu bezeichnen. Von den Unabhängigen ergriß Radtke das Wort, der zugleich als jetziger Direktor des Neuköllner Arbeitsamts den Magistrat vertrat. Die Stadt könne zurzeit schwer Arbeit schaffen, aber sie habe bisher ihr Möglichstes getan und auch schon auf Reichs- und Staatsbehörden einzuwirken versucht. Durch Bau von Kanälen, durch Förderung der Wohnungsbauten sei Arbeit zu schaffen, doch es fehle eben überall an Geld. Leider habe die Arbeiterschaft selber in ihrer Mehrheit nicht begriffen, welche Aufgaben auch für sie hier zu lösen sind. Arbeiter müßten die Solidarität üben, eine oder zwei Arbeitsstunden abzugeben, damit noch mehr Arbeitslose eingestellt werden könnten. Das Arbeitsamt will Reichs- und Staatsbehörden ohne Angehörige nach schrittweiser Beschäftigung durch Familienbetriebe ersuchen und an den Einstellungen die Ungelernten mit drei Pünkteln, die Gelehrten mit zwei Pünkteln beteiligen.

Nach weiterer Debatte, in der auch die bürgerlichen Fraktionen ihre Zustimmung erklärten, wurde der Antrag unserer Fraktion angenommen.

Ein Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen forderte Auskunft vom Magistrat, wie er den nicht gerechtfertigten Lebensmittelpreisen entgegenwirken wolle. Er wurde von ihnen durch eine Resolution, die den früheren Regierungen ihre den Agrariern günstige Zoll- und Wirtschaftspolitik vorwarf und besonders die Maßnahmen von 1914 ab als verhängnisvoll für die Volksernährung bezeichnete. Sie wies darauf hin, daß jetzt trotz guter Ernten die Lebensmittelpreise unaußerordentlich steigen. Den Gemeinden, die davon die Last haben, wolle man auch die Verantwortung zuschieben, aber sie lehnen sie ab. Die Reichsregierung wird zu reiflicher Erfassung der Lebensmittel und gerechter Verteilung aufgefordert. In der Begründung führte Radtke (U. Soz.) aus, der Bevölkerung müßten Lebensmittelpreisen erspart werden. Unter anderem wandte er sich (hart) gegen Fischwucher und Obstwucher. Bestige Auseinandersetzungen gab es zwischen Treffet als Redner der bürgerlichen Vereinigung und den ihm durch immer wiederholte Zwischenrufe unterbrechenden Unabhängigen, denen er antwortete, mit Vorfängen werde er noch fertig. Ihm mußten an der Resolution die Angriffe aus der Regierung der wilhelmschen Zeit. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte der Resolution zu, die Demokraten schlossen sich an und auch der Magistrat erklärte sein Einverständnis mit ihr. Sie wurde gegen die bürgerliche Vereinigung und allen anderen Fraktionen angenommen.

Das Gewerkschaftskartell auf dem Potsdamer Wochenmarkt.

Was sich heute auf dem Wochenmarkt in Potsdam abgespielt hat, sollte von der Kleinsten bis zur größten Stadt zur Bekämpfung des Wuchers zum Vorbild genommen werden. Das Potsdamer Gewerkschaftskartell hatte sich mit der blauen Schutzmannschaft zusammengetan, um die hohen Obstpreise herabzusetzen. Um 8 Uhr früh begann die Aufsicht der Kaputer Händler mit Wagen voll Obst. Zuerst hörten sich die Kartellmitglieder die Preisbildung an, und nur wurde eingeführt. Die Hausfrauen liefen wie eine Herde hinter den Preisbildner her und waren beglückt, billiges Obst zu erhalten. Die Händler untereinander sinnen an, sich zu streiten, und es kam schließlich unter ihnen zu Schlägereien. Vom nächsten Mittwoch an ist beschlossen worden, nicht mehr ohne Anwesenheit des Kartells den Markt zu eröffnen.

In Brandenburg war gestern die gesamte organisierte Arbeiterschaft den Gewerkschaften gefolgt und demonstrativ auf den Straßen eine Demonstration. Die Arbeiterschaft forderte den sofortigen Preisverfall durch städtische Regie und billige Lebensmittel. Der Oberbürgermeister kündigte darauf, allen Anforderungen gerecht zu werden.

Die Hoffnung auf das „Dulatenmännchen“.

Die Stadt Goslar am Harz gibt seit kurzem einen in Zeichnung und Farbe gefällig ausgeführten 10-Pfennig-Schein heraus, auf dessen Rückseite das „Dulatenmännchen“, eine kleine Holzfigur an dem Bildhauer des Goslarer Gewandwebers, abgebildet ist. Dieses „Dulatenmännchen“ bietet sich dem Auge des Beschauers in drahtlicher Stellung bei einer sehr menschlichen Beschäftigung dar, deren Betrachtung in unserer armen Zeit besonders deshalb erfreulich ist, weil das „Produkt“ aus dieser Tätigkeit des Mannchens ein ansehnlicher Haufen Dulaten ist. Zu dieser Abbildung hat die Goslarer Stadtwartung in mittelhochdeutscher Rundart folgende Ermahnung an das Dulatenmännchen gerichtet:

Du Männchen dreißt all tausend Jahre
An diesen einen Dulaten hängen.
O nehmest Du Heiliger Deine Arbeit wahr,
Denn tausende könnt davon heute mal bröulen.

Die Stadt Berlin, die dergleichen auch brauchen könnte, verfährt leider nicht über ein solches nützliches Dulatenmännchen. Und der alte Berliner Vär ist dazu nicht zu gebrauchen; wenigstens hat man nicht entdecken können, daß er sich dergestalt, vielleicht im geheimen, nützlich betätigt.

Das Stadtbud in Neukölln muß die Wäberpreise weiter erhöhen. Dem Magistratsantrag wurde in der letzten Stadtvorordnetenversammlung zugestimmt. Widerspruch erhob keine Fraktion. Der Zuschuß pro Bad betrug 1917 erst 87 Pf. 1918 noch 87 Pf. 1919 stieg er auf 40 Pf. und für 1920 wird er auf 150 Pf. veranschlagt. Auch nach dieser neuesten Preisberechnung wird er sich für 1920 immer noch auf 92 Pf. pro Bad stellen.

Große Unterschlagungen von Heeresgut wurden von Kriminalbeamten des Reichsfinanzministeriums aufgedeckt. Es handelt sich um Vorräte, die in einem Depot in der Wilmersdorfer Straße aufbewahrt wurden. Beteiligt bei den Veruntreuungen sind ein Lagerverwalter, ein Chemiker, Schlosser, Mechaniker und Hausdiener, die gemeinschaftlich vorgingen. Der Lagerverwalter stellte falsche Auslieferungspapiere aus und die anderen, die bei dem Depot angestellt waren, schafften daraufhin Automobile, Zubehörsachen und andere Sachen in großer Menge weg, um sie zu verstecken. Nach Beschaffung des Beweismaterials griffen die Beamten gestern fest zu und nahmen 8 Mann fest. Ein Teil der beschriebenen Sachen konnte bereits wieder herbeigeschafft werden. Wieviel im ganzen unterschlagen und wie hoch der Wert der veruntreuten Güter ist, muß noch genauer festgestellt werden.

Selbstmord auf der Landstraße. Auf der Chaussee zwischen Buchholz und Schönerrinde wurde ein unbekannter Mann mit einer schweren Schußverletzung am Kopfe aufgefunden. Der Verletzte ist inzwischen verstorben. Es liegt Selbstmord vor. Die Persönlichkeit des Toten konnte bisher nicht festgestellt werden. Es handelt sich um einen Mann in den dreißiger Jahren, von kräftiger Statur. Er war bekleidet mit einem marinedblauen Anzug, gelber Stoffweste, braunem Schopphut und schwarzen Schnürschuhen. Sachliche Angaben werden erbeten an den Amtsdirektor zu Berlin-Buchholz.

Eine Winterprotestversammlung, veranstaltet vom Winterverband Gruppe „Ereze“, findet heute, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Kottbusstr. 4, statt. Tagesordnung: Wallenflügelungen und Praxis des Winterverbandes Charlottenburg. Referent: Winterverband Koch-Berlin. Der Magistrat und Vorstände des Winterverbandes Charlottenburg sind zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen.

Ein neuer Park in Alt-Tempelhof. Die Gemeinde Tempelhof beschließt auf den schon bestehenden idyllischen Parkanlagen im Süden des alten Ortsteils einen weiteren Park hinzuzufügen, den sogenannten Franzosen Park, der sich westlich der Berliner Straße am Ende der Albrechtstraße hinzieht und dessen Erhaltung ein wertvoller Gewinn für die Einwohnerschaft wäre. Der Park ist mit alten schönen Bäumen besetzt, die Rücksicht auf das kommende Groß-Berlin will die Gemeinde den Ankauf von der Zustimmung der neuen Stadtvorordnetenversammlung abhängig machen und hat daher ein Rücktrittsrecht vom Kaufvertrage bis zum 30. Oktober vorgesehen.

Rariendorf. Die Rariendorfspiele werden am Dienstag, den 8. Juli, wieder ausgenommen. Spieltage: Dienstag und Freitag. Sammelstelle: Spielplatz in der Ringstraße, nachmittags 2 Uhr.

Charlottenburg. Zahlungsverleumdungen für das Reichstagsopfer. Die Sparasse, Berliner Str. 70/71, ist Annahmestelle für das Reichstagsopfer. Für Barzahlungen, die bis zum 30. Juni d. J. erfolgten, sind für 100 M. Abgabe nur 92 M. und vom 1. Juli bis 31. Dezember d. J. für 100 M. Abgabe nur 90 M. zu entrichten. Für die

